Volksinitiative zur Einführung der direkten Bundessteuer

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **9 (1917)**

Heft 4

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-350712

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

aber in dem Vorgang keinen Gewinn zu erblicken. Als Gewerkschaften können nur solche Arbeiterorganisationen in Betracht kommen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Berufsangehörigen anstreben und die nicht von vornherein auf die Anwendung der wichtigsten Waffe verzichten, die geeignet ist, ihren Forderungen Nachdruck zu geben. Der Eisenbahnerverband hatte in seinem Statut den Streik gar nicht erwähnt. Das mochte hingehen, weil praktisch die Arbeitseinstellung im Eisenbahnbetrieb wohl schwerlich in Betracht kommt. Nun hat es der Eisenbahnminister erreicht, dass der Eisenbahnerverband, dem Drucke nachgebend, der auf ihm lastete, die erwähnte Erklärung abgab. An den tatsächlichen Verhältnissen ändert sie allerdings nichts; es will uns aber bedünken, als gereichte dieser Handel keinem der Beteiligten zur besondern Ehre.»

Oesterreich. Die Gewerkschaftskommission berichtet über ihre Tätigkeit im Jahre 1916. Infolge des Mangels an Arbeitskräften sei es in den meisten Gewerben gelungen, wesentliche Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen zu erzielen.

Die Mitgliederbestände hätten infolge der Einberufungen einen weiteren Rückgang erfahren.

Nach den bezahlten Beiträgen wurde festgestellt:

Im Jahre	Zahl der Vollzahler	Rückgang gegenüber dem Vorjahre
1913	331,816	—
1914	292,103	39,713
1915	154,281	137,822
1916	130,697	23,584

Die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission war vornehmlich darauf gerichtet, die Rechte der Arbeiter im Kriegswirtschaftsbetrieb wahrzunehmen und den Ernährungsschwierigkeiten entgegenzuarbeiten.

Auch die Fürsorgetätigkeit für die Kriegsinvaliden wurde energisch an Hand genommen.

Die Einnahmen der Gewerkschaftskommission betrugen Kronen 155,097.19. Darunter befinden sich Kr. 64,442.87 Sammelgelder. Der Gesamtnotfonds beträgt nun Kr. 249,261.05.

Die Ausgaben betragen Kr. 114,821.95. Die Hauptposten sind Agitation, Kr. 9502.45; Presse, Kr. 23,257.48; Landessekretariate, Kr. 31,541.96; Landesvertrauensmänner, Kr. 13,400; Reichssekretariat, Kr. 22,152.50. Die Rechnung schliesst mit einem Defizit von Kr. 8893.29.

England. Die Nachfrage nach Arbeitskräften war im Jahre 1916 sehr gross. Die Zahl der Arbeiter, die Kriegszulagen erhielt, wird auf 3,4 Millionen geschätzt. Sie erzielten 595,000 Pfund Lohnerhöhungen oder pro Woche 3 Schilling 4 Pence. Beteiligt sind hauptsächlich Bergleute, Metallarbeiter und Schiffszimmerer. Die Zahl der Streikenden betrug 268,376.

Die Nahrungsmittelpreise zeigten folgende Aufwärtsbewegung seit Juli 1914. Es stiegen folgende Artikel: Fleisch 64 bis 122 %, Speck 56, Fisch 131, Mehl 88, Brot 73, Milch 57, Tee 51, Zucker 170, Butter 73, Käse 75, Margarine 25, Eier 175, Kartoffeln 122 %. Im Durchschnitt beläuft sich die Preissteigerung dieser Nahrungsmittel auf 87 %.

Norwegen. Die gewerkschaftliche Landeszentrale hatte im vergangenen Jahre grosse Streikunterstützungen zu leisten. Die grossen Aussperrungen und Streiks haben beträchtliche Summen verschlungen, die teils von den Verbänden selbst, teils von der Landeszentrale hergegeben wurden. Die Zentrale gab zu diesem Zweck insgesamt 666,743 Kronen aus. Im Jahre 1915 betrug die Summe 300,000 und 1914 144,158 Kronen.

Die von seiten der gewerkschaftlichen Verbände geleisteten Unterstützungen sind bisher nicht endgültig festgesetzt worden, sie werden aber von dem Vorsitzenden der Landeszentrale, Lian, auf annähernd 2 Millionen Kronen geschätzt.

Die Unterstützungen der Landeszentrale wurden wie folgt verteilt: Die an dem Bergwerkkonflikt beteiligten Arbeiter erhielten 281,367 Kronen, für die Konflikte in der Eisenindustrie wurden 320,267 Kronen ausbezahlt. Ausserdem erhielten einige andere Gewerkschaften kleinere Summen.

In Norwegen ist zwischen gewerkschaftlicher Landeszentrale und genossenschaftlicher Bewegung eine intime Zusammenarbeit eingeleitet. Die genossenschaftliche Agitation zum Beispiel wird von der Landeszentrale geleitet und mit Geldmitteln unterstützt.

Die Mitgliederzahl der Landeszentrale stieg in den ersten 10 Monaten des Jahres von 75,758 auf 78,275.

Volksinitiative zur Einführung der direkten Bundessteuer.

Anfangs März sind die Unterschriftenbogen für diese auf dem letzten Parteitag beschlossene Initiative in Zirkulation gesetzt worden. Wir schliessen uns den in der Partei- und Gewerkschaftspresse bereits erschienenen Aufforderungen zur Sammlung von Unterschriften vollinhaltlich und aus voller Ueberzeugung an.

Möge jeder Gewerkschafts- und jeder Gruppenvorstand dafür besorgt sein, dass die Unterschriftenlisten in seinem Kreise in Zirkulation gesetzt werden, damit die Zahl der Unterschriften der Bedeutung dieser Frage entspricht; das wird eine gute Vorarbeit sein für die kommenden Kämpfe um die Steuerreform. Unsere Parole sei: *Ohne Bundessteuer Verwerfung aller Steuerprojekte.*

Notizen.

Die Einführung der Sommerzeit.

Auf eine Umfrage des Bundesrates über die Einführung der Sommerzeit sind dem Städteverband 45 Antworten zugegangen. 15 Städte sprechen sich für die Sommerzeit aus, 5 wollen einen Versuch abwarten, 25 sind dagegen.

Von den Befürwortern erklären Baden und einige andere, dass die Einführung der Sommerzeit den Arbeitern Gelegenheit biete, *nach Feierabend* ihr Gemüseland zu bebauen.

Solothurn berichtet von grosser Sympathie für die Sommerzeit in allen Bevölkerungskreisen, auch bei der Arbeiterschaft.

Basel verspricht sich von ihrer Einführung in Verbindung mit der *englischen Arbeitszeit* grosse Vorteile.

Die Handelskammer in Zürich schätzt die Ersparnis an Beleuchtung für die ganze Schweiz auf 10 Millionen Franken.

Biel stellt alle andern Gutachten in den Schatten mit der Argumentation, dass die Einführung der Sommerzeit die Möglichkeit der Einführung des freien Samstagnachmittags biete, da dann die tägliche Arbeitszeit verlängert werden könne. Von dieser Art Sozialpolitik werden indes die Arbeiter um so weniger erbaut sein, als in Biel die tägliche Arbeitszeit noch allgemein 10 Stunden beträgt.

Die Gegner der Sommerzeit versprechen sich keine so wesentlichen Ersparnisse, dass sich die Sache lohne. Sie befürchten auch eine Verkürzung des Schlafes für die Jugend und eine bedeutende Störung in den landwirtschaftlichen Arbeiten.